

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Zeitweise Nebenblätter: Landtagsbeilage, Synodalbeilage, Rechnungslisten der Verwaltung der K. S. Staatsschulden und der K. S. Land- und Landesbauernrentenbank-Verwaltung, Übersicht der Einnahmen und Ausgaben der Landes-Brandversicherungsanstalt, Übersichten des K. S. Statistischen Landesamts über Ein- und Rückzahlungen bei den Sparkassen, Grundbüchliche Entscheidungen des K. S. Landesversicherungsamts, Verzeichnisse von Holzpflanzen auf den K. S. Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 63.

Dienstag, 18. März

1913.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingerstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. Erscheint: Wertags nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1295, Redaktion Nr. 4574.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 30 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingekauft) 150 Pf. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Der Prinz von Wales hat gestern die Reise nach Deutschland angetreten.

Wie „Reuter“ erfährt, werden die Mächte die Mediation zwischen den Kriegführenden annehmen, die Grenzlinie Enos—Ridia vorschlagen, die Forderung auf Zahlung einer Kriegsschadigung durch die Türkei zurückweisen und bezüglich der ägäischen Inseln und Albanien die Entscheidung für sich in Anspruch nehmen.

Nach einer amtlich noch nicht bestätigten Meldung aus Rom sollen die Griechen Salona und Berat besetzt haben.

Zwischen Serbien und Griechenland schweben Verhandlungen, die den Abschluß eines engeren Bundes dieser Staaten bezwecken.

Das chinesische Expeditionskorps gegen die Mongolen hat den Ausmarsch angetreten.

Präsident Wilson hat den amerikanischen Kongress zu einer außerordentlichen Tagung auf den 7. April einberufen.

Im Schwarzwald und in den Vogesen trat gestern ein Wettersturz ein. Die Temperatur fiel bis auf — 5 Grad.

Amthlicher Teil.

Ministerium des Innern.
Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Handelschuldirektor Lind in Annaberg bei seinem Übertritt in den Ruhestand das Ritterkreuz 1. Klasse des Albrechtsordens zu verleihen.

Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts.
Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Oberlehrer an der 6. Bezirksschule in Leipzig Paul Gerhard Schramm anlässlich seines bevorstehenden Übertritts in den Ruhestand das Verdienstkreuz zu verleihen.

Herr Bezirkstierarzt Steffani in Bautzen ist vom 18. dieses bis mit 1. nächsten Monats beurlaubt. Stellvertreter ist Herr Bezirkstierarzt Dr. Zieschmann in Ramenz.
91 II
Bautzen, am 17. März 1913. 1897

Königliche Kreishauptmannschaft.

Nichtamtlicher Teil.

Vom Königlichen Hofe.

Dresden, 18. März. Se. Majestät der König nahm um 12 Uhr die Vorstellung der nach bestandener Führerprüfung in die Königl. Sächsische Armee übergetretenen Kadetten entgegen und empfing den Kriegsminister, sowie den Kabinettssekretär und die Hofdepartementchefs zu Vorträgen.

Zur königlichen Mittagstafel um 1 Uhr waren eingeladen: Kriegsminister Generaloberst Frhr. v. Hausen, Erzengel, mit Adjutant Major v. Dambrowski, der Kommandeur des Kadettenkorps Major v. Seydlitz-Gershenberg, Studiendirektor Hofrat Prof. Dr. Thiergen und Prof. Dr. Kothe, sowie von der Ober-Militärprüfungs-Kommission der Vorsitzende Generalleutnant v. Dergun, Erzengel, Major Braubach und Prof. Witschel.

Dresden, 18. März. Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Mathilde wohnte gestern vormittags 9 Uhr den Oberprüfungen im Königl. Josephinenstift, Große Plauenische Straße 16, bei.

Deutsches Reich.

Deckung für die Wehrvorlagen.

Eine Ausfassung der „Bayerischen Staatszeitung“.

München, 17. März. Die „Bayerische Staatszeitung“ widmet in ihrem heutigen Montagartikel den

fommenden Wehrvorlagen eine eingehende Rückschau, in der sie u. a. schreibt:

Seit zwei Wochen beschäftigt sich die öffentliche Meinung Deutschlands mit der Vermögensabgabe. Deutschland hat bei diesen Erörterungen wahrhaftig nicht schlecht abgeschnitten. Kein irgendwie ernst zu nehmender Widerspruch hat sich gegen den Gedanken erhoben, die im Interesse unserer Weltstellung unumgänglichen Kosten einer außerordentlichen Wehrvorlage durch außerordentliche, ausschließlich vom Besitz zu tragende Beiträge anzubringen. Aus allen Betrachtungen, welche die bürgerliche Presse Deutschlands der Vermögensabgabe widmete, sprach die Bereitwilligkeit der Bevölkerungsklassen, deren Aufzählungen diese Presse vertritt, sich einmütig zu dem großen Opfer zusammenzuschließen, das Deutschland nach Überzeugung der berufenen Stellen auf sich nehmen muß. Diese Geslossenheit der Zustimmung aus allen bürgerlichen Kreisen des Reiches hat ihren Eindruck auf das Ausland nicht verfehlt und entgegen den Bestrebungen zaghafter Gemüter den deutschen Kredit im Ausland nicht erschüttert. Die fremden Völker wissen ganz genau, was Deutschland mit seiner rastlosen und unerschöpflichen Arbeitskraft, mit seiner die gesamte Kulturwelt an sich ziehenden Industrie, mit seinem zäh und machtvoll sich durchsetzenden Handel wert ist. Sie haben daher, wie dies die Äußerungen ihrer Presse erkennen lassen, die Vermögensabgabe, die Deutschland sich für Rüstungszwecke auferlegen will, durchaus nicht etwa als Anzeichen einer irgendwie gearteten Schwäche, sondern als Merkmal kraftvoll nationaler Betätigung gedeutet, und sie haben damit recht gehabt. Der Gesehntwurf, durch den der patriotische Gedanke einer einmaligen Vermögensabgabe zu außerordentlichen Rüstungszwecken in die Sprache nächster Begriffe und Tatsachen umgewandelt worden soll, wird in Hälde dem deutschen Volk mit seiner parlamentarischen Vertretung vorliegen. Mit ihm werden auch die Vorschläge zur Erörterung gestellt werden, die sich auf die Deckung der Kosten beziehen, die durch dauernde und unerschöpfliche Verhärtung unserer Heeresmacht verursacht sind. Es ist voranzusehen, daß die Prüfung, der die bürgerlichen Parteien diese in das wirtschaftliche Leben der Nation tief einschneidenden Vorlagen unterziehen werden und unterziehen müssen, nicht vor dem Flammenszeichen patriotischen Empfindens Halt machen, sondern daß sie sehr ernsthaft auf die Einzelheiten der Vorschläge der Reichsleitung eingehen wird. Keine der beteiligten Parteien aber möge vergessen, daß bei der Erörterung dieser Fragen das Ausland auf uns schaut, und daß die achtungsvolle Aufmerksamkeit, welcher der Gedanke der deutschen Vermögensabgabe bei den anderen Nationen begegnet ist, rasch einer unserm Ansehen abträglichen Beurteilung Platz machen müßte, wollten Krümm- oder Philtirgeist an ausschlaggebender Stelle im deutschen Volk zu Wort kommen. Die Opfer mögen der deutschen Volkswirtschaft, den deutschen Bundesstaaten, dem einzelnen Deutschen schwer fallen, aber sie müssen gebracht werden, in der Überzeugung, daß sie die stärkste Bürgschaft dafür bieten, daß uns der Friede und damit das Feld für die Betätigung deutscher Arbeit, deutschen Handels und deutscher Industrie gesichert bleibt.

Bundesratsberatung.

Berlin, 18. März. Wie nach dem „Vollanzeiger“ verlautet, soll sich das Plenum des Bundesrats am Mittwoch mit den neuen Heeres- und Steuervorlagen beschäftigen. Es heißt weiter, es sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der Vorschlag wegen der Übernahme der Stempelabgaben auf das Reich doch noch als Bundesratsbeschluss dem Reichstage zugehe.

Deutschlandreise des Prinzen von Wales.

London, 17. März. Der Prinz von Wales ist heute abend unter dem Namen eines Earl of Chester inognito nach Deutschland abgereist. Er wird, bevor er sich nach Stuttgart begibt, zunächst Köln, Düsseldorf, Koblenz und Heidelberg besuchen.

Kleine politische Nachrichten.

London, 18. März. Eine Beilage der „London Gazette“ teilt mit, daß der König als Haupt der britischen Königsfamilie zur Vermählung des Prinzen Ernst August von Cumberland mit der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen seine formelle Genehmigung erteilt hat.

Am Balkan.

Die Kriegslage.

Türkische Erfolge an der Tschataldschalinie.
Konstantinopel, 17. März. Der Kriegsbericht meldet: An der Tschataldschalinie eröffneten unsere westlich von Kastari stehenden Vorposten ein heftiges Artilleriefeuer gegen den Feind in Alalan, der unter beträchtlichen Verlusten zerstreut wurde. Eine gegen Kalfakoj vorrückende Abteilung griff den Feind an, der östlich von Kalfakoj eine Stellung bezogen hatte, und fügte ihm große Verluste zu. Der Feind wurde aus Kalfakoj verdrängt, worauf die Türken die Stadt besetzten. Nach Privatmeldungen hat ein türkisches Flugzeug über den bulgarischen Stellungen von Tschataldscha einen Erkundungsflug ausgeführt.

Salona von den Griechen besetzt?

Rom, 17. März. Nach einer amtlich noch nicht bestätigten Meldung, welche die „Agenzia Stefani“ aus

Durazzo erhält, sollen die Griechen Salona und Berat besetzt haben.

Neue griechische Erfolge.

Athen, 18. März. Das Prehbureau hat aus Janina ein amtliches Telegramm erhalten, daß die griechischen Truppen unter dem Jubel der Bevölkerung in Argyrocastro eingezogen und die Türken in Unordnung in der Richtung von Tepeleni geflüchtet seien.

Die griechische Armee besetzte gestern nach erbittertem Kampfe Klissura. Die Türken leisteten heftigen Widerstand, aber vor der Wucht des griechischen Angriffes mußten sie ihre Stellungen räumen. Sie flohen in der Richtung auf Berat. Die türkischen Verluste sind sehr bedeutend. Die Griechen hatten 13 Tote und 40 Verwundete.

Friedensausichten.

Die „Times“ zu den Bedingungen der Verbündeten.

London, 17. März. Die „Times“ schreiben: Die Erwiderung der Balkanverbündeten an die Mächte zeigt, daß ein stärkerer Druck von Seiten Europas notwendig sein wird, um den Krieg zu beenden. Die Erwiderung nimmt die Vermittlung grundsätzlich an, knüpft sie aber an Bedingungen, die gänzlich unzulässig sind und daher ihre Annahme in der gegenwärtigen Form illusorisch machen. Das Blatt nimmt Bezug auf die gewichtige und objektive Wespensprechung der Tage in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und betont, daß verschiedene Bedingungen der Verbündeten der Art seien, daß wenn die Verbündeten in der Lage wären, sie der Türkei aufzuerlegen, Europa durch seine eigenen Interessen genötigt sein würde, sein Veto dagegen auszusprechen. Natürlich, fährt die Zeitung fort, sind die Verbündeten sich dessen bewußt. Nichtsdestoweniger rechnen wir es ab, ihre Erwiderung so aufzufassen, daß sie beabsichtigen, die Vermittlung zu bereitleben. Allgemein nimmt man hier und in den anderen Hauptstädten an, daß sie Vorschläge von einem realeren und bestimmteren Charakter in petto haben. Es wäre politischer und höflicher gewesen, wenn sie bereits in ihrer Antwort gesagt hätten, was sie wirklich zu bekommen erwarteten. Das Blatt schließt: Auf allen Seiten empfindet man, daß der Friede eine europäische Notwendigkeit geworden ist. Der Krieg ist eine ernsthafte Bedrohung für die guten Beziehungen der Mächte gewesen, und wenn auch die Gefahr nicht mehr akut ist, so vermehrt doch die Fortsetzung des Konfliktes die schweren Sorgen der Minister von Wien bis London. Europa kann nicht dulden, daß seine Interessen für eine weitere Zeit von unbestimmter Dauer präjudiziert werden durch die Fortsetzung des Konfliktes, dessen grundlegendes Ergebnis unwiderruflich feststeht. Der Friede ist für Europa ebenso notwendig, wie für die kriegführenden Parteien, und offenbar ist der einzige Weg, ihn zu sichern, daß es mit Festigkeit auf der Annahme der Vermittlung besteht.

Die Entscheidung der Großmächte.

London, 17. März. Wie das „Reutersche Bureau“ erfährt, soll in den nächsten Tagen die endgültige Festsetzung der Antwort der Mächte auf die Note der verbündeten Balkanstaaten erfolgen. Nach den Vorschlägen, welche die Botschafter ihren Regierungen unterbreiten und auf die in einigen Fällen schon die Zustimmung eingegangen ist, werden die Mächte die Mediation zwischen den Kriegführenden annehmen und werden vorschlagen, daß die Grenzlinie Enos—Ridia an Stelle der von den Verbündeten vorgeschlagenen Grenzlinie Rodosto—Ridia gesetzt wird, wobei das ganze Gebiet westlich der Linie Enos—Ridia mit Ausnahme Albanien den Verbündeten zufallen soll. Weiterhin werden die Mächte erklären, daß sie den Gedanken der Kriegsschadigung nicht erwägen können. Hinsichtlich der ägäischen Inseln und Albanien wird den Verbündeten mitgeteilt werden, daß diese Fragen sich in den Händen der Mächte befinden.

Engeres Bündnis zwischen Serben und Griechen?

Berlin, 18. März. Dem „Tag“ meldet man aus Belgrad, 17. März: Morgen nachmittags wird der griechische Prinz Nikolaus mit seiner Gemahlin, der Prinzessin Helena, in Belgrad einreisen und als Gast des Königs bis zum Abend verweilen. Nachts geht das Prinzenpaar mit Sonderzug seine Reise nach Wien fort. Während des Aufenthalts des Prinzen in Belgrad sollen die angeknüpften Verhandlungen zwischen Serbien und Griechenland zu einem engeren Bunde dieser Staaten zum Abschluß gebracht werden.

Kleine Nachrichten.

Alexandrien, 17. März. Der türkische Kreuzer „Hamidije“ ist heute mit nördlichem Kurse in See gegangen.

Sofia, 17. März. Der Hafen Kavala ist für die Schifffahrt wieder geöffnet worden.